Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4981

25. 07. 89

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 29. Mai 1989 in Antalya/Türkei

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 26. bis 30. Mai 1989 in Antalya ab. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Alfred Biehle (CDU/CSU)
Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU)
Abg. Karitas Hensel (DIE GRÜNEN)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Hans Koschnick (SPD)
Abg. Dr. Max Kunz (CDU/CSU)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Lorenz Niegel (CDU/CSU)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Peter Petersen (CDU/CSU)
Abg. Uwe Ronneburger (FDP)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Werner Michael Weiß (CDU/CSU)
Abg. Peter Würtz (SPD)
Abg. Benno Zierer (CDU/CSU)
Abg. Peter Zumkley (SPD)

Bundesrat:

Senator Volker Kröning (SPD), Bremen, stellvertretender Leiter der Delegation
Minister Dr. Heinz Eyrich (CDU), Baden-Württemberg
Staatsminister Rudi Geil (CDU), Rheinland-Pfalz
Senator Horst Gobrecht (SPD), Hamburg
Minister Dr. Ottokar Hahn (SPD), Saarland
Minister Dr. Herbert Schnoor (SPD), Nordrhein-Westfalen
Ministerin Heide Simonis (SPD), Schleswig-Holstein

Übersicht der Tagung

Die Frühjahrstagung wurde am Nachmittag des 27. Mai 1989 eröffnet mit Ansprachen des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Patrick Duffy (Vereinigtes Königreich), des Premierministers der Türkei, Turgut Özal, und des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO für Infrastruktur, Logistik und zivile Notstandsplanung, C.M.E. de Laat de Kanter.

Die Ausschüsse tagten am 27. und 28. Mai 1989. [1])

Die Plenarsitzung fand am 29. Mai 1989 statt. Nach Eröffnung durch den Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung sprachen der Vizepräsident der BDM Corporation (Vereinigte Staaten von Amerika), Philipp A. Karber, über „Einseitige Truppenreduzierungen des Warschauer Paktes" und der Associate Fellow des Königlichen Instituts für internationale Angelegenheiten, London, Richard Davy, über „Politische Perspektiven in Osteuropa".

Es schloß sich eine Debatte an zu dem Thema „Politischer und militärischer Wandel im Warschauer Pakt: Zielsetzungen für die Politik der Allianz".

[1]) Eine Zusammenfassung der dort behandelten Themen findet sich in der Anlage.

1. Eröffnungssitzung

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Patrick Duffy (Vereinigtes Königreich)

Der Präsident dankte zu Beginn seiner Ausführungen im Namen aller Teilnehmer den türkischen Gastgebern für die Ausrichtung der Konferenz.

Nach einem kurzen Überblick über das Arbeitsprogramm der Konferenz rief er die hoffnungslos erscheinende Situation in Europa vor 40 Jahren in Erinnerung, als die NATO gegründet wurde. Von Anfang an sei die NATO, unter deren Schutz Nordamerika und Europa sich seitdem hätten entwickeln können, mehr gewesen als eine Sicherheitsvereinbarung. Sie habe eine Wertegemeinschaft etabliert und die Möglichkeit geboten, das gemeinschaftliche Ziel und die gemeinschaftliche politische Vision der Mitgliedstaaten der Allianz zum Ausdruck zu bringen.

Das Treffen in Antalya stehe im Zeichen wachsenden weltweiten Optimismus: Der INF-Vertrag, der Beginn der Wiener Verhandlungen, die angekündigten einseitigen Truppenreduzierungen des Warschauer Pakts und das Erblühen demokratischer Prinzipien in Osteuropa und in China sprächen dafür. Die Allianz stehe erkennbar am Beginn eines neuen Kapitels der schwierigen Geschichte der Ost-West-Beziehungen.

Dennoch sei es falsch anzunehmen, dank der Politik Gorbatschows habe sich in Osteuropa alles zum Guten gewendet. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, so gerade jetzt in Bulgarien gegenüber der türkischen Minderheit, seien zu beklagen.

Die Allianz dürfe auch angesichts der neuen Entwicklungen im Osten und der damit verbundenen Hoffnungen nicht ihre bewährten inneren Beziehungen vernachlässigen, wenn sie eine bessere Welt gestalten wolle. Die bestehenden Meinungsunterschiede dürften nicht das zentrale Ziel verdecken, nämlich den Harmel-Bericht in einer dynamischen und intelligenten Weise in dieser Ära des Wandels zu realisieren. Dazu seien Einigkeit und Zielstrebigkeit notwendig.

Ansprache des Premierministers der Türkei, Turgut Özal

Der Premierminister stellte eine Würdigung des Wirkens der Allianz während der 40 Jahre ihres Bestehens an den Anfang seiner Rede. Die Doppelstrategie der NATO von Abschreckung und Dialog habe zusammen mit den konstruktiven Abrüstungsvorschlägen der Allianz bedeutsam zu der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen beigetragen. Die NATO habe in den kommenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle eine wichtige Rolle zu spielen. Daher sei es von höchster Bedeutung, ihren Zusammenhalt und Einigkeit ebenso wie ihre Grundsätze und Verteidigungsstrategie zu bewahren. Angesichts der demokratischen Basis dieser Allianz freier Nationen müsse man Meinungsunterschiede nicht fürchten. Wichtig sei es, unter Berücksichtigung der öffentlichen Meinungen die gemeinsamen Interessen offen zu diskutieren.

Den INF-Vertrag und das Abschlußdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens wertete der Premierminister positiv. Er begrüßte auch als bedeutendste Entwicklung das „neue politische Denken" in der Sowjetunion. Das Bündnis unterstütze alle Reformen, die zu mehr Offenheit und Freiheit des Individuums im Osten führten. Der Westen sollte solche Bestrebungen, die notwendigen politischen, wirtschaftlichen und humanitären Reformen herbeizuführen, auch zukünftig unterstützen.

Die Türkei messe dem Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozeß große Bedeutung bei. Sie unterstütze alle Bestrebungen, tatsächlich verifizierbare Rüstungskontrollvereinbarungen zu schließen. Dadurch sollten Stabilität, Vorhersehbarkeit und Vertrauen verstärkt werden. Der INF-Vertrag mache die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes sogar noch augenfälliger. Deshalb sei die Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichtes in dieser Kategorie noch wichtiger als früher.

Die Ost-West-Beziehungen dürften sich jedoch nicht auf Rüstungskontrollen beschränken. Für Frieden und Sicherheit in Europa seien auch Verbesserungen des Ostens auf dem Felde der Menschenrechte und der Grundfreiheiten von fundamentaler Bedeutung. In diesem Zusammenhang ging der Premierminister auf die Maßnahmen Bulgariens gegen die türkische Minderheit im Land ein.

Der Premierminister schloß mit einem Bekenntnis der Türkei zur europäischen Integration und zu den demokratischen Werten und Institutionen Europas. Die Türkei wünsche, vollständig in die Europäischen Gemeinschaften integriert zu werden und das politische und wirtschaftliche Los des „Alten Kontinents" zu teilen. In demselben Sinne habe die Türkei sich um die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union beworben. Die rasche und gesunde Entwicklung der Türkei zu einer freien und demokratischen Gesellschaft und die positive Wirtschaftsentwicklung sprächen für eine Integration der Türkei in den Westen.

Ansprache des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO für Infrastruktur, Logistik und zivile Notstandsplanung, C.M.E. de Laat de Kanter

Der stellvertretende Generalsekretär entbot der Versammlung die Grüße von Generalsekretär Dr. Wörner, der wegen der Vorbereitungen des unmittelbar bevorstehenden NATO-Gipfels in Brüssel unabkömmlich sei. Er hob sodann die bedeutende Rolle der Nordatlantischen Versammlung für die Zukunft der Allianz hervor. Diese Bedeutung beruhe zum einen darauf, daß die Versammlung Parlamentarier von beiden Seiten des Atlantiks zu regelmäßigen Diskussionen über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen zusammenführe. Weiter unterstreiche die Bedeutung der Nordatlantischen Versammlung, daß die nationalen Parlamente sich heute aktiver als früher mit Verteidigungsfragen befaßten. Die NATO bedürfe daher der Unterstützung der Mitglieder der Versammlung. Schließlich seien Parlamentarier in besonderer Weise berufen, die öffentliche Meinung zu führen. Wenn auch die Bevölkerungen innerhalb der Allianz nach

wie vor die NATO mit überwältigender Mehrheit unterstützten, so sei es doch wichtig, ihnen auch die schwierigeren Fragen, wie z. B. das Harmel-Konzept, nahezubringen.

Der stellvertretende Generalsekretär äußerte seine Überzeugung, daß das Bündnis vor der einzigartigen historischen Gelegenheit stehe, die Ost-West-Beziehungen entscheidend neu zu gestalten: von Konfrontation zu Kooperation, von Feindseligkeit zu friedlichem Wettbewerb. Das kommunistische System habe einen Punkt erreicht, an dem es nicht länger nach seinen herkömmlichen Organisationsformen und Werten funktionieren könne. Die dynamische Kraft des historischen Wandels arbeite zugunsten des Westens. Die Werte des Westens seien die Orientierungspunkte für die Entwicklung im Osten.

Dies dürfe jedoch nicht als Aufforderung zu Selbstzufriedenheit und Inaktivität aufgefaßt werden. Das Bündnis müsse auf die Entwicklung Einfluß nehmen. Daher sei das erfolgreiche Management eines friedlichen Wandels Hauptaufgabe der Allianz in der Zukunft. Der Westen werde Zusammenarbeit und Unterstützung im Austausch für östliche Reformen und wahre Demokratisierung anbieten. Dabei werde die Allianz Menschenrechtsverletzungen nicht übersehen. Der Prozeß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa biete ein fein abgestimmtes diplomatisches Instrumentarium, um die Aufmerksamkeit auf Verletzungen der Prinzipien von Helsinki zu lenken und Druck auf widerstrebende Regierungen auszuüben. In den kommenden Monaten werde die Allianz ihre Bedingungen für wirkliche Zusammenarbeit formulieren: militärische Stabilität in Europa und die Beseitigung der sowjetischen konventionellen Offensivfähigkeit, die Einsicht der Sowjetunion, daß Nuklearwaffen eine grundlegende stabilisierende Rolle als äußerste Garanten der Abschrekkung spielen, Respektierung der Menschenrechte und verantwortungsvolles Verhalten der Sowjetunion und Osteuropas auf der Bühne der Weltpolitik. Die Allianz werde die Versprechungen der aktuellen sowjetischen Rhetorik gründlich auf die Probe stellen. Bei den übrigen gemeinsamen Problemen wie Umweltschutz, Naturkatastrophen, Drogen und Terrorismus habe die Allianz zwar keine institutionelle Verantwortung; sie allein aber habe genügend politisches Gewicht, um ein Konzept des Westens für dessen Beziehungen zum Osten zu entwickeln und um die Kräfte des Wandels entsprechend den westlichen Interessen zu lenken.

Zugleich verwies er aber auf die Risiken, die mit solchem Wandel verbunden seien. Diese müßten von der Allianz akzeptiert, jedoch zugleich auch vermindert werden. Eine sichere Verteidigungsfähigkeit sei aufrechtzuerhalten. Die Sowjetunion werde auch bei optimistischer Annahme der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen eine stark überrüstete Gesellschaft bleiben. Die NATO müsse der Sowjetunion auch in Zukunft klarmachen, daß es zu politischen Reformen im Innern keine militärische Alternative im Ausland gebe. Solange die Sicherheits- und Auswärtige Politik der Sowjetunion nicht demokratischer Kontrolle unterlägen — und dies werde noch lange so sein —, müsse die NATO auf der Hut sein. Nuklearwaffen in Europa und eine starke konventionelle Verteidigung seien unerläßliche Bedingungen für den Erfolg einer vorausschauenden politischen Strategie. Keine Verteidigung bedeute keine Entspannung.

Zum Abschluß formulierte der stellvertretende Generalsekretär, die NATO sei optimistisch, daß sie nach dem Wiederaufbau Westeuropas und der Sicherung der Stärke und des Zusammenhalts des Westens auch ihre zweite große historische Aufgabe erfüllen könne: diese sei, einen friedlichen Wandel im Osten zu fördern, für die Aussöhnung zwischen Ost und West zu arbeiten und schließlich die schmerzliche Teilung Europas, einschließlich der Deutschlands, zu beenden.

2. Plenarsitzung

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Duffy** (Vereinigtes Königreich), eröffnete die Sitzung.

Ansprache des Vizepräsidenten der BDM Corporation (Vereinigte Staaten von Amerika), Phillip A. Karber, zu dem Thema: „Einseitige Truppenreduzierungen des Warschauer Paktes"

Die Vorschläge Gorbatschows seien in drei Gruppen einzuteilen:

1. Reduzierung der Gesamtstärke der Truppen um 500 000 Mann verteilt auf das gesamte Gebiet der UdSSR,
2. Reduzierung der Mannschaftsstärke und der konventionellen Bewaffnung westlich des Urals,
3. Reduzierungen in Osteuropa.

Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg wolle die Sowjetunion Panzer abziehen, und zwar vier Divisionen aus der DDR und je eine aus der CSSR und Ungarn. Dies betreffe ca. 2 000 Panzer. Zusätzlich sollten etwa 5 000 Panzer der sowjetischen Truppen und 260 Flugzeuge aus Osteuropa abgezogen werden. Davon entfielen auf das Gebiet der DDR 3 500 Panzer. 1 000 Panzer seien bereits abgezogen, bis zum Ende des Jahres sollten noch einmal 1 200 und im Jahr 1990 weitere 2 500 folgen. Bis Ende 1990 solle diese Reduzierung vollständig abgewickelt sein.

Wenn die Sowjetunion diese Pläne tatsächlich verwirkliche, werde die Zahl der Panzer des Warschauer Paktes für Überraschungsangriffe deutlich verringert. Der Redner machte darauf aufmerksam, daß die angekündigten einseitigen Reduzierungen der Panzer in Osteuropa um 20% über dem lägen, was der Westen in seinen ehrgeizigsten Forderungen bei den MBFR-Verhandlungen gefordert habe. Der Westen brauche dafür keine Gegenleistung zu erbringen. Weiter sei der Gesamtumfang der Truppen, die die Sowjetunion aus Osteuropa abziehen wolle, größer als die gesamte konventionelle Streitmacht der 7. US-Armee im Westen.

Die Abrüstungspläne der Sowjets und ihre Angaben dazu ließen weitere interessante Schlüsse zu: Zum einen habe sich daraus erwiesen, daß die Angaben

der westlichen Fachleute über die Anzahl der sowjetischen Panzer, die im Westen in den letzten Jahren häufig als zu hoch angesehen worden waren, eher zu niedrig angesetzt waren. Die westliche Bedrohungsanalyse sei also richtig gewesen. Ebenso habe sich die Glaubwürdigkeit der westlichen Militärexperten erwiesen. Außerdem habe sich gezeigt, daß diejenigen im Westen recht gehabt hätten, die in den letzten Jahren gegen manche Kritik erklärt hätten, die Sowjets hätten schnell einsetzbare Panzerverbände („operational manoeuvre groups") in vorderster Front stationiert. Deren Aufgabe sei es, die Formierung der westlichen Kräfte durch raschen Vorstoß zu stören oder zu verhindern. Fünf dieser „operational manoeuvre groups" seien in der Tat in der DDR und in der CSSR stationiert und hätten exakt die Zielrichtung, die die westlichen Experten angenommen hätten. Diese fünf „operational manoeuvre groups" würden im Rahmen des Abzugs der sechs Panzerdivisionen zurückgezogen.

Auch die anderen Warschauer-Pakt-Staaten hätten Truppenreduzierungen angekündigt; darüber gebe es jedoch deutlich weniger konkrete Angaben als über die der Sowjetunion.

Mit dieser größten Reduzierung der Streitkräfte des Warschauer Paktes gehe die größte Umorganisation seit 45 Jahren einher. Es werde daher geraume Zeit dauern, bis man sich im Westen ein genaues Bild von den Auswirkungen machen könne. Auch seien die Angaben über die Eingriffe bei den rückwärtigen Truppen sehr viel weniger detailliert als die bei den vorne stationierten.

Wenn auch die angegebenen Zahlen im Verhältnis zu den westlichen Truppenstärken enorm erschienen, so bleibe doch immer noch ein beträchtliches Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Paktes.

Die Sowjetunion habe einen Stufenplan zur Organisation des militärischen Wettbewerbs in Europa: In der ersten Stufe gehe es um einen einseitigen Truppenabbau, dann folge ein Drei-Phasen-Vorschlag mit Bezug auf konventionelle Rüstungskontrolle bis in die 90er Jahre. Drittens bestehe längerfristig das Ziel eines Gleichgewichts der konventionellen Rüstung auf niedrigerem Niveau, das dem Westen ein Gefühl stabiler Sicherheit vermitteln und damit dessen Zustimmung zu einer Null-Lösung bei den Nuklearwaffen in Europa ermöglichen solle. Außerdem habe die Sowjetunion etwas vage vorgeschlagen, die sowjetischen Armeen aus Osteuropa abzuziehen und nur einige Kommandostellen zu belassen.

Die NATO habe in den vergangenen beiden Jahren ein eigenes Konzept zur Reduzierung der konventionellen Rüstung entwickelt. Es bestehe aus fünf Grundsätzen:

1. Konzentration auf Offensivwaffen: Panzer, Schützenpanzer, Artillerie,

2. gleiche Obergrenzen unterhalb der niedrigsten Zahl,

3. geographische Proportionalität: Bildung von Obergrenzen für einzelne Zonen zur besseren Verifikation und Überwachung der Einhaltung,

4. Stationierungsregel: Begrenzung der Zahl der Streitkräfte, die ein Land in Mitteleuropa außerhalb seines eigenen Hoheitsgebiets stationieren dürfe (die Sowjetunion habe doppelt soviele Streitkräfte in anderen Ländern stationiert wie alle NATO-Staaten),

5. Angemessenheitsregel: Jede Nation solle eine angemessene Anzahl von Streitkräften zur Verteidigung haben, aber keine Nation solle einen unverhältnismäßig großen Prozentsatz aller Waffen zwischen Atlantik und Ural besitzen (Die Sowjetunion habe derzeit 54 % der Panzer, 48 % der Schützenpanzer und 57 % der Artillerie, über die NATO und Warschauer Pakt zusammen verfügten.).

Diese Prinzipien — veröffentlicht am 10. Dezember 1988 — hätten zunächst allenfalls Kritik gefunden, wenn sie überhaupt international beachtet worden seien. In den letzten Monaten jedoch habe der Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion in Wien alle fünf Prinzipien grundsätzlich akzeptiert. Die NATO habe sich also durchgesetzt.

Bei den Zahlen für die Obergrenzen der Offensivwaffen lägen die Vorstellungen beider Seiten in einer Größenordnung, die Verhandlungen ermögliche. Innerhalb des Warschauer Paktes müsse die Sowjetunion bei allen Waffen am meisten aufgeben. Auf westlicher Seite habe die Türkei die größte Truppenstärke, die USA und die Bundesrepublik Deutschland lägen an der Spitze bei Panzern und Artillerie, und die USA verfügten über die größte Anzahl von Flugzeugen. Generell müsse jedoch der Westen sehr geringe Abstriche machen in bezug auf den gegenwärtigen Stand seiner Rüstung. Man habe also unerwartete Fortschritte gemacht.

Es gebe aber einige offene Fragen: z. B. wolle der Warschauer Pakt auch Obergrenzen für taktische Flugzeuge und Hubschrauber. Die NATO mache sich demgegenüber besondere Gedanken über die Stärke der Landstreitkräfte des Warschauer Paktes. Es sei festzuhalten, daß die NATO keine Überlegenheit bei den Flugzeugen besitze. Die Sowjetunion habe in Wien einen Vorschlag vorgelegt, der sich ausschließlich auf Kampfbomber beziehe, die die Hauptstreitmacht des Westens in der Luft ausmachten. Die Sowjetunion behielte danach ihre 400 Mittelstreckenbomber, die ihre Hauptschlagkraft zum Angriff auf Flugplätze und Kommandozentralen der NATO darstellten. Der sowjetische Vorschlag bedeute eine Überlegenheit des Warschauer Paktes im Verhältnis 2 : 1 bei den konventionellen Luftangriffskapazitäten. Der Warschauer Pakt habe auch die Boden-Boden-Raketen miteinbeziehen wollen. Das sei nicht geschehen. Aber er habe einen Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone entlang der Grenze zwischen den Blökken gemacht. Dies hätte allerdings starke Auswirkungen auf die Fähigkeit der NATO, die konventionellen Verteidigungskräfte in optimale Positionen zu bringen. Eine Null-Lösung bei den Boden-Boden-Raketen gebe außerdem dem Warschauer Pakt einen Vorteil, da die NATO-Flugzeuge auf weniger als 20 Flugplätzen stationiert seien, die im Gegensatz zu mobilen Raketen leicht identifiziert und angegriffen werden könnten.

Zu den finanziellen Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen prognostizierte Karber Einsparungen von bis zu 30 %, selbst wenn die Obergrenzen nur 5 bis 10 % unter den heutigen Zahlen lägen.

Abschließend ging der Redner auf die Rolle der NATO ein, falls die Vorschläge über konventionelle Abrüstung Erfolg haben sollten. Er definierte folgende Aufgaben:

1. Verifikation der Abrüstungsabkommen,
2. Verteilung der Abrüstungsschritte und Überwachung der Einhaltung der Abkommen auf westlicher Seite,
3. Fähigkeit zu militärischer Reaktion, falls die andere Seite die Abkommen nicht einhalte.

Im Anschluß an seine Ausführungen beantwortete der Redner einige Fragen.

Abg. **Sir Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) bezog sich auf die Meinung, durch die Beseitigung der Ungleichgewichte bei der konventionellen Rüstung würden die landgestützten Kurzstreckenraketen überflüssig. Er frage daher, ob man mit den Gesprächen über den Abbau dieser Raketen nicht warten sollte, bis bei der konventionellen Rüstung die gewünschten Ziele erreicht seien.

Phillip A. Karber erklärte darauf, er halte es für falsch, gleichzeitig über konventionelle Abrüstung und Abrüstung der Kurzstreckenraketen zu verhandeln; denn bei einem Abbau der Kurzstreckenraketen entfalle das Interesse der Sowjetunion an der konventionellen Abrüstung. Solange die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes bestehe, bedürfe man der Kurzstreckenraketen. Im übrigen sei er der Auffassung, wenn man über den Abbau der Kurzstreckenraketen spreche, so dürfe sich dies nicht auf die bodengestützten Raketen beschränken, sondern müsse auch die luftgestützten und die Artillerie einbeziehen.

Abg. **Petersen** (Bundesrepublik Deutschland) verwies darauf, daß die Sowjetunion gegenwärtig 3 000 Panzer pro Jahr produziere. Er fragte nach den möglichen Gründen, wo doch andererseits ein Interesse der Sowjetunion an konventioneller Abrüstung zu bestehen scheine.

Phillip A. Karber erklärte, in der Tat baue die Sowjetunion genug Panzer, um in drei Jahren die Anzahl zu ersetzen, die sie in zwei Jahren abrüste. Eine Hypothese sei, daß Gorbatschow mit seinem Apparat ebenso viel Schwierigkeiten habe wie mit dem Westen. Er brauche deshalb Zeit, sein Ziel, den Verteidigungshaushalt um 19 % zu verringern, durchzusetzen. In Moskau habe man ihm erklärt, diese Reduktion um 19 % sei noch kein Faktum, sondern ein Ziel. Er sei daher der Auffassung, wenn Gorbatschows Pläne sich verwirklichten, dann könne man mit einer Halbierung der Panzerproduktion gegen Ende der 90er Jahre rechnen. Er berichtete weiter, auf seine Frage, was mit den 10 000 abzurüstenden Panzern geschehe, habe man ihm in Moskau gesagt, 5 000 davon würden verschrottet. Die übrigen 5 000 würden für zivile Zwecke umgebaut. Der allergrößte Teil werde als Schulungsfahrzeuge eingesetzt. Man habe es also mit einem Potential von 5 000 gepanzerten Fahrzeugen zu tun. Dies lasse viele Unklarheiten bestehen, die der Westen aufmerksam beobachten müsse. Im übrigen spreche dies auch für gegenseitige Abrüstungsabkommen; denn was einseitig abgerüstet werde, könne auch einseitig wieder aufgerüstet werden.

Abg. **Akyürek** (Türkei) fragte nach dem Wert der konventionellen Abrüstung im Westen und im Osten, gerechnet in US-Dollar.

Phillip A. Karber schätzte die Einsparungen grob auf etwa 100 Mrd. Dollar, wovon 75 Mrd. Dollar auf den Warschauer Pakt entfielen. Aber dies seien nicht die einzigen Einsparungen. Vielmehr ergebe sich durch die Herstellung des konventionellen Gleichgewichts ein verringerter Bedarf an neuer Rüstung. Die Haupteinsparung resultiere aber daraus, daß man den Bereitschaftsgrad der aktiven Streitkräfte verringern könne.

Ansprache des Associated Fellow des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten, London, Richard Davy, über „Politische Perspektiven in Osteuropa“

Die erste große Frage sei, ob das Sowjetreich in Europa tatsächlich beginne, zu Ende zu gehen, oder ob nur die Ära einer verbesserten Form dieses Reiches beginne. Die Krise, die den gesamten Block befallen habe, sei jedoch so weitreichend, daß man sich nicht vorstellen könne, wie umfassende Reformen vermieden werden sollten. Vier Merkmale zeichneten die gegenwärtige Situation in allen Ostblockländern aus:

1. Die kommunistische Ideologie sei tot. Es würden zwar noch einige Lippenbekenntnisse geleistet, jedoch die Ideologie sei am Ende, unabhängig davon, ob Gorbatschow Erfolg habe oder nicht. Man kehre zurück zur „guten alten Machtpolitik“.
2. Eine aktuelle oder drohende ökonomische Krise bestimme das Bild. Der Erfolg in den westlichen Staaten und der Aufstieg der asiatischen Wirtschaftsmächte beweise im Vergleich mit der wirtschaftlichen Situation im Sowjetblock, daß das östliche Wirtschaftssystem grundsätzlich untauglich sei.
3. Die politischen Systeme hätten versagt und seien lediglich hohle Strukturen. Es fehlten Legitimität, wirkungsvolle Repräsentation der Interessengruppen und ein Verfahren zur reibungslosen und regelmäßigen Erneuerung der Führungsschicht.
4. Die Schwächung des Interesses der Sowjetunion an und ihrer Kontrolle über Osteuropa sei bemerkenswert. Wie weit dies gehe, sei die schwierigste Frage, auf die wahrscheinlich auch die Russen keine Antwort wüßten. Falin habe sogar angedeutet, daß eine deutsche Wiedervereinigung nicht außerhalb der Diskussion liege. Man dürfe solchen Bemerkungen nicht allzuviel Bedeutung beimessen, denn die Tage autoritativer Positionen seien vorüber. Eines sei allerdings sicher: Die sowjeti-

schen Führer hätten eine Kosten-Nutzen-Analyse der Beziehungen der Sowjetunion zu den osteuropäischen Staaten angestellt und diese als viel zu unrentabel befunden. Wirtschaftlich seien die Staaten des Warschauer Paktes für die Sowjetunion eine Bürde, militärisch kein allzu großer Aktivposten, besonders da die Bevölkerungen feindselig gesinnt und die dortigen Armeen möglicherweise unzuverlässig seien. Ideologisch seien die Beziehungen keine Reklame für den Sozialismus, und politisch bedeuteten sie wahrscheinlich mehr Schwierigkeiten als Vorteile. Daher sei jetzt das erste Ziel der sowjetischen Politik, diese Bürde zu erleichtern. Die Regime in den osteuropäischen Staaten müßten mehr auf eigenen Füßen stehen, selbst wenn dies die sowjetische Kontrolle lockere. Aber die Breschnew-Doktrin sei nicht notwendigerweise völlig obsolet. Auch sei nicht auszuschließen, daß in einer Krise Gorbatschow von jemandem abgelöst werde, der — anders als jener — bereit wäre, die osteuropäischen Staaten zu kontrollieren. Dennoch könne keine osteuropäische Regierung während der nächsten Jahre dem Druck in Richtung auf Wandel entgehen. Innerer Druck baue sich bereits auf, da sich die nächste Generation auf einen Wechsel vorbereite.

Zwei allgemeine Aussagen könnten gemacht werden:

1. Eine wirtschaftliche Reform beginne damit, daß sich die Lage verschlechtere. Dies begründete der Redner mit den ökonomischen Notwendigkeiten.
2. Eine Reform verlaufe sehr viel langsamer und sei komplexer, als viele Leute vermuteten. Es gebe in allen osteuropäischen Ländern beachtliche Gruppen, die mit dem gegenwärtigen System zufrieden seien. Reform sei daher verbunden mit größeren sozialen Veränderungen, die neue Eliten und neue Ansprüche hervorbringen und alle Arten neuer Spannungen schaffen könnten. In bezug auf die DDR vermutete der Redner, daß der Übergang durch die Kirche und durch die sehr engen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland erleichtert werde. Nirgends jedenfalls werde der Übergang problemlos sein.

Der Redner lehnte den Gedanken ab, der Westen sollte Osteuropa nicht helfen, um nicht die Sowjetunion zu stärken. Er hielt dem entgegen, selbst wenn Gorbatschow extrem erfolgreich sei, könne er beginnen, die wirtschaftliche Kluft zum Westen vielleicht im nächsten Jahrhundert zu schließen. Bis dahin solle der Westen versuchen, die politische Evolution dort zu beeinflussen.

Der Redner definierte sodann die drei Hauptinteressen des Westens:

1. Ein Sicherheitsinteresse daran, allmählich die Konfrontation in Europa zu verringern, ohne das Gleichgewicht der Kräfte zu stören;
2. ein politisches Interesse daran, die westlichen demokratischen Werte in Osteuropa und möglichst auch in der Sowjetunion vorherrschen zu sehen;
3. ein wirtschaftliches Interesse an der Ausweitung des europäischen Marktes.

Die Umsetzung dieser Ziele in praktische Politik sei allerdings sehr schwierig. Der Redner plädierte für eine pragmatische Haltung, die womöglich auch Abstriche an dem westlichen Ideal der völligen Selbstbestimmung in Kauf nehmen müsse. Die Herausforderung sei, ein Sicherheitssystem zu finden, das nicht mit einem unakzeptablen Preis in bezug auf Menschenrechte und nationale Rechte erkauft sei. Die Interessen der osteuropäischen Staaten würden dadurch nicht vernachlässigt; denn das Ziel sei es, ihre Befreiung vom Sowjetsystem dadurch zu beschleunigen, daß man den Russen das Vertrauen einflöße, das für Entspannung notwendig sei. Der Redner äußerte dann selbst wieder Zweifel daran, ob der Westen einen solchen Plan verfolgen solle und ob dieser gegebenenfalls auch funktioniere. Er verwies darauf, daß sich im Moment Freiheit aus eigener Kraft in Osteuropa verbreite. Er zog daraus den Schluß, die beste Antwort in diesem Stadium sei nicht ein Plan, sondern ein Versuch, einen Rahmen von grundsätzlichen, aber flexiblen Annahmen zu entwickeln, um jedermann durch die Übergangsperiode zu leiten. Der dahinterstehende Zweck sei, die Russen dazu zu ermutigen, tolerant zu sein, und die Osteuropäer dazu, Vorsicht in Angelegenheiten der Außenpolitik walten zu lassen.

Damit leitete der Redner über zu einer weiteren grundsätzlichen Frage, nämlich der des Platzes „Russlands" in Europa. Die Russen müßten seiner Meinung nach mit der Tatsache fertigwerden, daß die vergangenen 70 Jahre ein großer tragischer Fehler gewesen seien, begangen für einen Traum, der sich niemals verwirklichen lasse. Der Westen müsse darauf mit Einfühlungsvermögen und Verständnis reagieren. Die Geschichte lehre, daß Großherzigkeit im Sieg die beste Grundlage für Frieden schaffe. Auch in Zukunft werde Rußland eine Großmacht auf dem europäischen Kontinent sein, und eine gegenseitige Anpassung an die Tatsachen der Macht werde notwendig sein. Hier sei eine Anpassung des Harmel-Berichts an die neue Lage angezeigt, nicht nur um die Allianz zu leiten, sondern auch um die Sowjetunion und Osteuropa mit klareren Orientierungspunkten für ihre eigene Politik zu versehen. Am schwierigsten, aber auch am wichtigsten sei eine kohärente Politik unmittelbar auf wirtschaftlichem Gebiet. Auch hier funktionieren nach Auffassung des Redners große visionäre Ideen nicht. Ein neuer Marshall-Plan sei sinnlos, da die notwendigen Voraussetzungen für die dadurch zu bewirkende Belebung der Wirtschaft fehlten. Diese Voraussetzungen müßten zunächst geschaffen werden. Daher müßten marktorientierte Reformen gefördert werden, denn nur reformierte Wirtschaftsordnungen könnten Geld vernünftig nutzen und Schulden zurückzahlen. Das private Unternehmertum im Westen sei dazu allein nicht in der Lage, da der Gewinn erst in ferner Zukunft zu erwarten und das Risiko zu hoch sei. Dies rechtfertige wirtschaftliche Maßnahmen der Regierungen, um die Risiken zu vermindern und die Schuldenlast zu reduzieren. Im Rahmen seiner Vorschläge für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West plädierte der Redner auch dafür zu versuchen, eine besondere Kategorie der Assoziierung mit den Europäischen Gemeinschaften zu entwerfen. Eine solche Beziehung sollte eine politische oder Sicherheitsdimension erhalten und mit ei-

ner Verpflichtung auf die Vereinbarungen der Schlußakte von Helsinki verbunden sein. Der Redner sprach sich auch grundsätzlich für parlamentarische Kontakte mit Osteuropa aus, da alles zu befürworten sei, was Isolation vermindere und gegenseitiges Verstehen fördere. Aber man müsse auch auf die Glaubwürdigkeit der westlichen Parlamentarier achten, die deswegen mit den bislang nicht freigewählten Abgeordneten östlicher Parlamente nicht auf völlig gleicher Basis verkehren könnten. Alles in allem scheine die westliche Allianz jedoch trotz der noch bestehenden großen Unsicherheiten eine historische Chance zu haben, an der Umgestaltung Europas teilzunehmen. Osteuropa sei eine potentielle Katastrophenregion vor unserer Tür, sein Schicksal sei mit unserem verbunden. Es bestehe die Möglichkeit eines größeren und stärker integrierten Europas, als es je bestanden habe. Sogleich relativierte der Redner jedoch seine optimistische Aussage, indem er daran erinnerte, daß Europa sich bisher als nicht fähig erwiesen habe, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen. Allein in diesem Jahrhundert sei es in den beiden Weltkriegen und im Kalten Krieg nur durch den Einsatz der Vereinigten Staaten von Amerika gerettet worden. Bisher habe Westeuropa viele seiner Forderungen ohne Risiko stellen können, da deren Annahme ausgeschlossen gewesen sei. Jetzt, da zumindest einige dieser Forderungen erfüllbar erschienen, müsse Westeuropa sorgfältiger und wahrhaftiger vorgehen. Man müsse sich fragen, was man wirklich wolle. Als fragwürdig in diesem Sinne nannte der Redner z. B. die volle und voraussetzungslose Selbstbestimmung für jedermann, die vollständig freie Emigration von Ost nach West und die deutsche Wiedervereinigung. Im Anschluß an seine Ausführungen erklärte sich der Redner bereit, Fragen zu beantworten.

Abg. **Tremaglia** (Italien) wies darauf hin, daß Berlin ein Prüfstein für den Entspannungswillen des Ostens sei. Er habe in dem Vortrag Hinweise darauf vermißt. Er frage daher den Redner, ob er glaube, daß der Abbruch der Berliner Mauer in die Verhandlungen mitaufgenommen werde. Weiter frage er, welche Hilfe die NATO für Änderungen in Osteuropa geben könne.

Richard Davy antwortete auf die erste Frage, er glaube nicht, daß die Mauer jetzt bald abgerissen werde. Denn dies werde einen Exodus von Bürgern der DDR in den Westen zur Folge haben. Vielleicht sei es aber auch nicht nötig, das Lebensniveau in der DDR auf das in der Bundesrepublik Deutschland anzuheben, um die Mauer abbrechen zu können. Es genüge möglicherweise, den Menschen das Gefühl zu geben, daß sie einbezogen seien in die Entwicklung des Landes, damit sie nicht länger den Wunsch hätten, die DDR zu verlassen. Unter diesen Umständen sei der Abbruch der Mauer eventuell doch nicht soweit entfernt, wie es gegenwärtig noch scheine.

Was Hilfen des Westens an den Ostblock angehe, so habe er bereits dafür plädiert, diese als Gegenleistung für politische Reformen zu gewähren. Möglicherweise solle sich der Westen auf spezielle Projekte und Strukturmaßnahmen konzentrieren, wie das auch der Internationale Währungsfonds (IWF) tue. Allerdings würden dem IWF auch mancherlei Schwierigkeiten wegen der Bedingungen, die er stelle, angelastet.

Parlamentarische Aussprache zu dem Thema „Politischer und militärischer Wandel im Warschauer Pakt: Zielsetzungen für die Politik der Allianz"

Senator Rumor (Italien) (Vizepräsident der Nordatlantischen Versammlung) würdigte die neue Politik Gorbatschows. Das Rüstungstempo der Sowjetunion habe sich allerdings noch nicht verlangsamt. Die Frage der atomaren Kurzstreckenraketen sei sehr akut. Die italienische Regierung habe sich für einen Abbau auf ein Mindestniveau ausgesprochen, das für Stabilität und glaubhafte Abschreckung nötig sei. Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen über die Verringerung des Ungleichgewichts bei der konventionellen Rüstung seien ein Anhaltspunkt für das weitere Vorgehen hinsichtlich der SNF. Über eine Modernisierung der Kurzstreckenraketen müsse daher jetzt nicht entschieden werden.

Abg. **Yavuztürk** (Türkei) (Vizepräsident der Nordatlantischen Versammlung) stellte fest, die Unterzeichnung des INF-Abkommens, die Fortschritte bei den START-Verhandlungen und das Abschlußdokument der Wiener Nachfolgekonferenz böten Hoffnung auch für die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte. Rüstungskontrolle sei wichtig, könne aber allein eine adäquate Verteidigung nicht ersetzen. Die Strategie der Flexiblen Antwort müsse aufrechterhalten werden. Dazu gehöre auch die Stationierung von US-Streitkräften in Europa, die die Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses unterstreiche. Zur Frage der Menschenrechte erkannte er positive Entwicklungen im Ostblock an, die jedoch noch nicht weit genug gingen und auch nicht überall stattfänden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Schicksal von eineinhalb Millionen ethnischer Türken in Bulgarien.

Abg. **Jopling** (Vereinigtes Königreich) erklärte, die Sowjetunion habe trotz der Erfolge des INF-Vertrages und bei den START-Verhandlungen eine massive Überlegenheit im konventionellen Bereich behalten. Über chemische Waffen sei bisher noch nie gesprochen worden. Bei den konventionellen Waffen zeichne sich ein Erfolg ab, jedoch seien in Wien keine schnellen Erfolge zu erwarten. Zu den Vorschlägen der Sowjetunion für einseitige Truppenreduzierungen sei zu bemerken, daß sie sehr viel mehr Truppen und sehr viele veraltete konventionelle Rüstungsgüter habe. Die einseitigen Reduzierungen verringerten daher möglicherweise das Aggressionspotential nicht. Der Westen müsse deshalb sehr vorsichtig sein. Mit Sorge sehe er auf die „konventionelle Abrüstung im Geheimen", die in fast allen NATO-Ländern zu beobachten sei, nämlich die Verringerung der Verteidigungshaushalte aufgrund der durch Gorbatschows Politik ausgelösten Euphorie. Er sei der Meinung, der Westen solle erst dann Abrüstungsschritte unternehmen, wenn Gorbatschow seinen Worten Taten habe folgen lassen.

Abg. **Hicks** (Kanada) betonte, Kanada werde national und im Bündnis seinen Verteidigungsaufgaben nach-

kommen. Auch für sein Land sei die Sicherheit des Bündnisses unteilbar. Weitsichtig und bei allen Gelegenheiten müßten die Chancen genutzt werden, die die neue Generation der sowjetischen Führung anbiete. Die Nordatlantische Versammlung sollte ernsthaft überlegen, einen zweiten Ausschuß oder eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich Gedanken über die wirtschaftliche Zusammenarbeit des westlichen Bündnisses mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes machen sollte. Es sei auch denkbar, diese Überlegungen zusammen mit Experten des Ostblocks anzustellen.

Abg. **Rose** (USA) begrüßte zu Beginn seiner Ausführungen die Initiativen des Politischen Ausschusses für Kontakte mit Parlamentariern aus Osteuropa. Der Kongreß arbeite mit der Regierung von Präsident Bush bei der Forderung des Selbstbestimmungsrechts für Osteuropa zusammen. Zum Beispiel gewähre man Polen wirtschaftliche Hilfe. Allerdings könnten die USA nicht das politische, soziale und wirtschaftliche Leben in den Ostblockstaaten verändern. Man wisse auch nicht, wie weit die Sowjetunion den Wandel wirklich zulassen wolle. Aber die USA stünden nicht einfach beiseite, sondern hätten und nutzten viele Möglichkeiten, den Ländern des Ostblocks zu helfen, ihr historisches Erbe zu wahren und ihren Platz in Europa wieder einzunehmen. Dies alles finde sich in der Schlußakte von Helsinki.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß es nach Abschluß und Implementierung des INF-Vertrages weiterhin eine überwältigende Überlegenheit der Sowjetunion und deren Verbündeter im Bereich der nuklearen Kurzstreckensysteme geben werde. Diese landgestützten SNF-Systeme verliehen dem Warschauer Pakt eine Überlegenheit von 16:1 oder 18:1 im Vergleich zu den nuklearen Kurzstreckensystemen der NATO. Von allen Verbündeten sei die Bundesrepublik Deutschland am stärksten von dieser Bedrohung betroffen, obwohl sie nicht verkenne, daß sich auch andere Verbündete dem gleichen Problem gegenübersähen. Man könne es so zusammenfassen: je kürzer die Reichweiten desto größer die Verwundbarkeit der deutschen Bevölkerung. Dies habe zu einer heftigen Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Medien der Bundesrepublik Deutschland geführt. Diese Diskussion sei berechtigt und sinnvoll. Sie sollte auch von den Ländern, die nicht unter den gleichen Bedingungen leben müßten, sehr ernstgenommen werden. Die deutsche Argumentation basiere auf dem Grundsatz des Bündnisses, daß die Sicherheit immer unteilbar gewesen sei und sein werde. Es dürfe im Bündnis keine Regionen mit unterschiedlicher Sicherheit geben. Es könne und dürfe keine Situation geben, in der einer der Verbündeten oder mehrere ständig einer speziellen Situation der Bedrohung ausgesetzt seien, wenn es Mittel und Wege gebe, wie die SNF-Verhandlungen, die nach deutscher Auffassung diese Bedrohung durch die andere Seite reduzieren oder beseitigen könnten. Das Bündnis müsse sich mit den landgestützten nuklearen Flugkörpern kürzerer Reichweite befassen. Es müsse sich bemühen, gleiche Obergrenzen auf einem niedrigeren Niveau für diese Waffen zu erreichen, um diese Bedrohung abzubauen. Die Deutschen glaubten nicht, daß einseitige Reduzierungen der richtige Weg zur Lösung dieses Problems seien. Sie akzeptierten die nukleare Komponente — einschließlich der land-, see- und luftgestützten Systeme in und für Europa — im Rahmen der gemeinsamen Abschreckungsstrategie. Das nukleare Element müsse in engem Zusammenhang mit den konventionellen Streitkräften, welche den Schutzschirm der nuklearen Streitkräfte benötigten, gesehen werden. Dieser Zusammenhang schaffe ebenfalls eine enge Verbindung zu den VKSE-Verhandlungen in Wien. Die deutsche Seite sei sich der unterschiedlichen Meinungen und Positionen in dieser Frage innerhalb der Versammlung und im Bündnis bewußt. Es sei deren Aufgabe, nach einer Lösung zu suchen und einen Kompromiß zu finden, der diese Positionen miteinander vereinbaren könne.

Senator Kelchtermans (Belgien) äußerte die Meinung, daß gegenwärtig tiefgreifende Reformen des Systems Priorität in der sowjetischen Politik hätten. Das aggressive Image der Sowjetunion beginne im Westen zu verblassen. Die Bedrohung durch den Warschauer Pakt sei aber nach wie vor als ernst zu betrachten. Denn dieser habe unverändert eine Überlegenheit bei den konventionellen, atomaren und chemischen Waffen. Erst wenn die friedlichen Absichten Gorbatschows glaubwürdig und die konventionellen Waffen des Warschauer Paktes vermindert würden, dann könne man über westliche Reduzierungen reden. Zunächst müsse in den Verhandlungen in Wien ein Gleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt erzielt werden. Verhandlungen über die SNF dürften dieses Ziel nicht in den Schatten stellen. Selbst bei einem Erfolg der SNF-Verhandlungen dürfe die NATO ihre Atomwaffen nicht vollständig aufgeben.

Abg. **van Traa** (Niederlande) dankte den türkischen Gastgebern unter dem Beifall der Versammlung für die freimütige Diskussion im Ausschuß für Zivile Angelegenheiten über Menschenrechte in der Türkei.

Er plädierte sodann angesichts der bislang unvorstellbaren Veränderungen in der Sowjetunion dafür, daß das westliche Bündnis sich von dem Grundsatz „Großzügigkeit im Sieg" leiten lasse. Es frage sich, ob die NATO bereit sei, über die Zukunft der Strategie der Flexiblen Antwort und über die Rolle der Atomwaffen nachzudenken.

Abg. **Gatel** (Frankreich) stellte fest, seiner Meinung nach befinde sich die Allianz am Scheideweg. Er sehe die Gefahr, daß auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel die Definition der Politik der Allianz an der Frage der SNF scheitern könne. Dabei sei die Entwicklung im Ostblock ein Erfolg für den Westen und für dessen Bündnispolitik. Frankreich verfolge einen unveränderlichen Grundsatz: Der Prozeß der Abrüstung dürfe die Sicherheit des westlichen Bündnisses in keinem Moment gefährden. Nur wenn die Verhandlungen über konventionelle Waffen zu einem signifikanten Fortschritt geführt hätten, nur dann könne über die SNF verhandelt werden. Der Redner ging dann auf die deutsche Haltung zu diesem Problem ein. Er verstehe die Ungeduld der Deutschen, weise jedoch auf folgendes hin: Auch zukünftig sei eine glaubhafte Abschreckung mit einer zweckmäßigen Kombination von konventionellen und nuklearen Waffen auf mög-

lichst niedrigem Niveau nötig. Ein Konflikt mit Einsatz von Nuklearwaffen in Europa würde sofort verallgemeinert, also nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt. Jedenfalls führe ein Abbau von Atomwaffen nicht zu Verbesserungen der Ost-West-Beziehungen, sondern nur einer Verstärkung des demokratischen Prozesses im Osten. Er rate dem westlichen Bündnis zur Wachsamkeit im eigenen Interesse und auch in dem der Länder des Ostens.

Abg. **Haekkerup** (Dänemark) berichtete, in Dänemark gebe es einen Konsens über die Bündnispolitik: Alle Parteien seien für die deutsche Position, das heiße, gegen eine sogenannte Modernisierung der Lance-Raketen und für baldige Verhandlungen. Er spreche von einer „sogenannten" Modernisierung, weil es sich in Wahrheit um ein neues Waffensystem mit drei- bis vierfacher Reichweite handele. Dänemark werde im Krisenfall die Mehrzahl seiner Truppen an die innerdeutsche Grenze verlegen, sei also unmittelbar betroffen. Daher sei Dänemark für parallele Verhandlungen über den Abbau der konventionellen Waffen und der SNF. Langfristig seien die dänischen Sozialdemokraten für eine dritte Null-Lösung. Der Redner ging auch auf die deutsche Frage ein. Jedes Land habe das Recht auf Wiedervereinigung, wenn es diese wolle. Es werde in Europa keinen dauerhaften Frieden ohne deutsche Wiedervereinigung im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft geben. Das Bündnis müsse schließlich auch über eine neue Strategie nachdenken, da die Flexible Antwort nicht mehr zeitgemäß sei. Die NATO müsse mehr und mehr ein politisches, denn ein militärisches Bündnis werden.

Abg. **Lello** (Portugal) erklärte, der Osten müsse in den Wiener Verhandlungen den Worten auch Taten folgen lassen. Die Angriffskapazitäten des Ostblocks müßten abgebaut werden. Wenn die Asymmetrien beseitigt seien, dann könne man vielleicht auch bald zu Verhandlungen über die SNF und über Gefechtsfeldwaffen kommen.

Abg. **Knudsen** (Norwegen) würdigte den Prozeß, der sich gegenwärtig im Ostblock abspiele. Der Westen müsse seinen Teil der Verantwortung für die Entwicklung der Beziehungen übernehmen und eine aktive Rolle spielen. Dabei dürfe man sich allerdings nicht von Worten verführen lassen, sondern nur Taten zählten. Wichtig sei es, daß Gorbatschow einseitige Abrüstung angeboten und damit Überlegenheit des Warschauer Paktes zugegeben habe. Dies sei eine gute Voraussetzung für weitere Abrüstungsgespräche. Abschließend verwies Abg. Knudsen darauf, daß unter Gorbatschow zahlreiche Waffensysteme modernisiert und ausgebaut worden seien; so sei z. B. die Zahl der Startsysteme für die SS 21 verdoppelt worden.

Abg. **Frinking** (Niederlande) plädierte dafür, das Bündnis müsse sich größere Klarheit über seine Ziele schaffen. Er diskutierte sodann die unterschiedlichen Aspekte der verschiedenen Abrüstungskonzepte. Er stellte ein Junktim zwischen dem Abbau der SNF und der konventionellen Abrüstung her. Der unmittelbar bevorstehende NATO-Gipfel werde jedenfalls nicht das letzte Wort sprechen, sondern das Bündnis werde auch weiterhin auf die politischen Realitäten reagieren müssen. Einheit und Kohäsion des Bündnisses müßten gewahrt bleiben.

Abg. **Sengün** (Türkei) stellte fest, das sozialistische System verliere im Ostblock an Bedeutung und sei nicht länger Vorbild für andere. Demgegenüber fänden die westlichen Prinzipien zunehmend Beachtung. Die NATO müsse aber unverändert auf der Hut sein. Sie müsse darauf achten, ob die Prinzipien von Helsinki beachtet werden. In diesem Zusammenhang beklagte er die Schwierigkeiten der türkischen Minderheit in Bulgarien.

Senator Roth (USA) (Vizepräsident der Nordatlantischen Versammlung) stellte die Frage, wie die NATO auf die militärischen und politischen Veränderungen im Warschauer Pakt reagieren solle. Im militärischen Bereich verwies er darauf, daß auch nach den signifikanten einseitigen Abrüstungen des Warschauer Paktes dieser noch überlegen bleibe. Aus der konventionellen Unterlegenheit des Westens ergebe sich dessen starke Abhängigkeit von atomaren Gefechtsfeldwaffen und SNF. Die NATO sollte alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um auf weitere Reduzierungen der konventionellen Rüstung hinzuwirken und um ein defensiv strukturiertes Gleichgewicht zu erreichen. Damit verlören die SNF von selbst an Bedeutung. Die politischen Entwicklungen sollten eine Reaktion des Westens hervorrufen. Er denke dabei nicht notwendigerweise an wirtschaftliche Hilfe von Regierung zu Regierung, da die Ostblockstaaten ohnehin schon stark verschuldet seien. Er denke an eine Öffnung der westlichen Gesellschaften für die Menschen des Warschauer Paktes, um einen freien Informationsfluß über freie Marktwirtschaft zu ermöglichen und damit zu einem weiteren Wandel beizutragen. Schließlich sollten die westlichen Staaten bedenken, daß sie als Sieger dastünden. Ihre Ideale hätten sich durchgesetzt.

Abg. **Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) begann mit dem Ausdruck der Solidarität den türkischen Gastgebern gegenüber im Hinblick auf das Schicksal der türkischen Minderheit in Bulgarien. Dann wandte er sich der konventionellen Rüstung zu. Er stimme völlig mit dem überein, was Herr Karber ausgeführt habe. Aus dessen Ausführungen werde klar, daß den Regierungen häufig die wissenschaftliche Beratung fehle. Hier ergäben sich Aufgaben, für die die Parlamente künftig finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müßten. Die Abrüstung führe also nicht nur zu Einsparungen, sondern auch zu neuen Ausgaben. Zunächst müsse erforscht werden, wie die Vorgänge innerhalb des Warschauer Paktes einzuschätzen seien. Sodann stelle sich die Aufgabe, sich darüber klarzuwerden, wie der Westen seine Abrüstungsvorschläge definieren solle. Weiter müsse man klären, wie die Ost-West-Beziehungen verändert werden könnten und wie der Zusammenhalt des Bündnisses gewahrt bleibe. Man müsse ferner Fachleute für die Verifizierung der verschiedenen Abrüstungsabkommen heranbilden. Dies alles werde Geld kosten. Ferner müßten die westlichen Parlamente mit denen Osteuropas in Kontakt treten. In Ungarn und in Polen und eventuell auch in der Sowjetunion werde man es künftig mit frei gewählten Abgeordneten zu tun haben. Er erinnere daran, daß auch die Deutschen vor 40 Jahren des Rates der europäischen und nordamerikanischen Freunde bedurft hätten. Jetzt müsse der Westen den Osteuropäern Hilfestellung bei der Errichtung von deren demokratischen Institutionen leisten. Er erinnere

auch an die Situation in der Türkei, in Portugal, in Spanien und in Griechenland, als dort keine Demokratie geherrscht habe. Man habe seinerzeit auf die Europäischen Gemeinschaften und den Europarat als Symbole der Demokratie und der Menschenrechte geschaut. Heute erwarteten die Menschen im Osten in dieser Weise Hilfe von den westlichen Demokratien. Durch seine Erfolge wachse dem Westen auch erhebliche Verantwortung zu, die zugleich eine große Chance sei. Der Westen müsse sie mit Rücksicht und im Interesse seiner eigenen Prinzipien wahrnehmen.

Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) erläuterte die Verteidigungspolitik der Labour-Partei. Die endgültige Entscheidung darüber werde auf dem Parteitag im Oktober fallen. Es werde keine Forderung nach Unilateralismus mehr im Parteiprogramm zu finden sein. Es werde kein Atomwaffenerstschlag vorgesehen; damit müsse auch das Prinzip der Flexiblen Antwort revidiert werden. Die Labour-Partei werde sich ferner gegen eine Modernisierung der SNF aussprechen. Das westliche Bündnis müsse den Wandel im Warschauer Pakt vorsichtig und geduldig fördern, ohne Ressentiments und großzügig an die Verhandlungen herangehen und — wo nötig — auch selbst bereit sein, sich zu ändern.

Senator Chauty (Frankreich) äußerte, Frankreich wolle die Teilung Europas überwinden. Bei der Abrüstung habe sich die Sowjetunion für Grundsätze ausgesprochen, die die NATO schon lange gefordert habe, nämlich die Verifizierung an Ort und Stelle, asymmetrische Kürzungen und Datenaustausch. Auch habe die Sowjetunion einseitige Abrüstungsschritte angekündigt. Es sei festzustellen, daß den Worten Gorbatschows bisher keine Taten gefolgt seien; die Sowjetunion sei nach wie vor offensiv ausgerichtet. Man müsse wachsam bleiben, bis eine wirkliche militärische Stabilität erreicht sei. Eine dritte Null-Lösung bedeute nach seiner Meinung eine große Destabilisierung. Man brauche jetzt eine Analyse der sowjetischen Maßnahmen bei den atomaren Kurzstreckenwaffen.

Abg. **Nuñes** (Portugal) führte aus, der Warschauer Pakt sei kein monolithischer Block. Die Sowjetunion selbst wolle keine Führungsrolle mehr spielen. Das müsse der Westen berücksichtigen und darauf politisch, nicht nur militärisch reagieren. Er müsse auf mehr Demokratie, mehr Freiheit und mehr Menschenrechten bestehen.

Senator Boffa (Italien) sah eine große Chance, ein neues Europa zu schaffen. Es sei richtig, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada miteinzubeziehen. Man müsse sich energisch für parallele Verhandlungen über strategische, atomare, konventionelle und chemische Waffen sowie über atomare Kurzstreckenwaffen einsetzen. Ein Gleichgewicht bei allen diesen Kategorien sei notwendig und ebenso Kontrollmöglichkeiten.

Auch sei das Gefahren bergende Nord-Süd-Gefälle zu beachten.

Abg. **Frau Botnen** (Norwegen) stellte fest, der immer schnellere politische und militärische Wandel in der Sowjetunion und in Osteuropa stelle eine große Herausforderung für die NATO und den Westen dar. Der Westen solle mit Osteuropa enger zusammenarbeiten und die gewünschten Veränderungen durch eigenes Tun unterstützen. Die Rednerin identifizierte drei Bereiche für solche Zusammenarbeit: Wirtschaftspolitik, Umweltschutz und weltweite Herausforderungen wie Ressourcen und Entwicklungspolitik. Generell müsse die Sicherheit in einen größeren Zusammenhang gestellt werden, der über den Schutz vor Krieg hinausgehe.

Senator Pressler (USA) erklärte, er empfehle keine Truppenreduzierung außer in Vereinbarung mit den Bündnispartnern und im Rahmen weiterer Truppenreduzierungsabkommen mit der Sowjetunion und mit deren Bündnispartnern. Aber in den USA stehe man vor einem großen Problem: 65 % der Bevölkerung seien dafür, die im Ausland stationierten Truppen heimzuholen. Präsident Bush schlage eine Reduzierung um 10 % vor. Im übrigen äußerte sich der Redner sehr positiv über die Diskussionen im Ausschuß für Zivile Angelegenheiten zu dem Thema „Menschenrechte in der Türkei".

Abg. **Tremaglia** (Italien) äußerte, Gorbatschow habe weder Freiheit noch Demokratie eingeräumt. Weiter verwies der Redner auf die Mauer in Berlin, die immer noch die scharfe Trennung Europas symbolisiere. Die Völker Osteuropas erhielten keine Unabhängigkeit. Nach seiner Auffassung besteht die Bedrohung weiter und ist durch Perestroika nicht ausgeräumt. Er sei jedoch dafür, den Dialog fortzusetzen. Der Warschauer Pakt habe eine große Überlegenheit im konventionellen Bereich und habe auch seine nuklearen Kurzstreckenwaffen modernisiert. Demgegenüber müsse die NATO eine Politik atomarer Abschreckung aufrechterhalten. Neben der militärischen Bedrohung gebe es auch eine politische und psychologische Bedrohung. Dazu zählten die Denuklearisierung Europas, die Abtrennung der USA und Kanadas und damit eine Neutralisierung Europas. Dem müsse die NATO mehr innere Solidarität und die Errichtung eines europäischen Pfeilers des Bündnisses entgegensetzen.

Abg. **Petersen** (Bundesrepublik Deutschland) war der Auffassung, die Frage der SNF sei jetzt hinreichend diskutiert. Er wolle sich einigen grundlegenderen Fragen zuwenden. Zum einen seien sich wohl alle einig darüber, daß es keinen Frieden in Europa geben werde, solange Europa geteilt sei. Er erinnerte an die 1 000 km lange Grenze, die Deutschland zerschneide, und besonders an die Berliner Mauer. Aufgrund des Schießbefehls würden hier Menschen erschossen, weil sie von einem Teil des Landes in den anderen wollten. Es werde auch keinen Frieden geben, solange Minderheiten rücksichtslos verfolgt würden; er verwies zur Illustration auf die türkische Minderheit in Bulgarien, auf die die türkischen Delegierten aufmerksam gemacht hätten. Auf diesem Gebiet habe die NATO auch in Zukunft eine Aufgabe. Wachsamkeit sei geboten. Zum anderen sei Voraussetzung für eine Zusammenarbeit die Versöhnung. Der Redner nannte als Beispiele die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und Frankreich und Israel andererseits. Die Versöhnung setze auch Ehrlichkeit gegenüber der eigenen Vergangenheit voraus. Nur so könne man verhindern, daß für die Beurteilung des Vergangenen Ideologie bestimmend

sei. Abschließend erklärte Abg. Petersen, nicht Bomben und Flugzeuge bewegten letzten Endes die Geschichte, sondern Träume. Der kommunistische Traum sei ausgeträumt; die westlichen Werte hätten sich als überlegen und damit als siegreich erwiesen. Er forderte dazu auf, diesen Werten auch in Zukunft Ausdruck zu verleihen und danach zu leben.

Abg. **Bereuter** (USA) erinnerte daran, daß die NATO über 40 Jahre lang Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Erfolge des Westens gesichert habe. Diese gemeinsamen Werte verbänden Europa, die USA und Kanada auch mehr als das von Gorbatschow formulierte Konzept des gemeinsamen europäischen Hauses. Dieses diene doch offenkundig dazu, das Vertrauen der Westeuropäer in die Sowjetunion zu wekken und sie zugleich von den nordamerikanischen Verbündeten abzukoppeln. Osteuropa strebe nach dem westlichen Wirtschaftssystem und den Werten, die diesem zugrundelägen. Es seien die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Gorbatschow zu den angekündigten militärischen Konzessionen zwängen. Auf dessen Ankündigungen müßten Taten folgen. Es sei zwar nicht mehr die Zeit von Ängstlichkeit und einer Mentalität des Kalten Krieges; aber neue Ost-West-Beziehungen könnten nicht einfach erklärt, sondern sie müßten verdient werden.

Abg. **Francke** (Bundesrepublik Deutschland) formulierte als wichtigste Herausforderung für die NATO, sich darüber klarzuwerden, wie man die Entwicklungen in Osteuropa und der UdSSR beurteile und ob man bereit sei, diesen Wandel durch aktives Handeln zu unterstützen. Die Deutschen als zuverlässige Bündnispartner seien in dieser Hinsicht realistisch und wollten die Chance nutzen, einen Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas zu leisten. Er plädiere daher für eine Belebung der politischen Debatte innerhalb der Allianz. Die SNF-Problematik habe gegenüber der erwähnten Hauptproblematik ein unangemessenes Gewicht erhalten. Der Redner erläuterte sodann die Position der CDU/CSU-Fraktion, die auch in der gemeinsamen Regierungserklärung von CDU/CSU und FDP ihren Niederschlag gefunden habe: Man strebe einen politischen Ausgleich mit dem Osten an und sei auch zu wirtschaftlicher Hilfe bereit. Voraussetzung seien allerdings die Einhaltung der KSZE-Schlußakte und Wirtschaftsreformen. Es müsse über eine Reduktion aller Waffen innerhalb angemessener Frist verhandelt werden. Am bedrohlichsten sei die konventionelle Überlegenheit des Ostens; darauf müßten sich die Rüstungskontrollverhandlungen konzentrieren. Auf absehbare Zeit gebe es keine Alternative zur Strategie der Flexiblen Antwort. Damit sei die Existenz von luft-, see- und landgestützten SNF notwendig. Eine dritte Null-Lösung sei aus seiner Sicht nur bei der nuklearen Artillerie von Interesse. Über ein Nachfolgesystem für die Lance könne erst 1992 im Lichte der Abrüstungsfortschritte im konventionellen Bereich entschieden werden. Dieser Standpunkt berücksichtige die Gesamtinteressen des Bündnisses. Dem Prinzip der gleichen Sicherheit müsse ein gemeinsames Handlungskonzept entsprechen.

Senator Specter (USA) berichtete, man hoffe im Senat auf einen Erfolg von Gorbatschow. Große Sorgen mache man sich über dessen Militärausgaben. Daher habe man im zuständigen Ausschuß des Senats keine Kürzung der Verteidigungsausgaben der Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagen. Weiter verwies der Redner darauf, der Westen sei zwar Sieger in der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Osten; Sieger der propagandistischen Auseinandersetzung sei jedoch Gorbatschow. Nicht Gorbatschow sei aber der berufene Lehrer für Freiheit und Demokratie, sondern der Westen. In diesem Zusammenhang sei es bemerkenswert, daß die chinesischen Studenten, die in Peking für mehr Demokratie demonstrierten, ihre Wünsche nicht mit einem Symbol aus der Sowjetunion, sondern mit der Freiheitsstatue zum Ausdruck brächten.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Duffy** (Großbritannien), faßte das Ergebnis der Frühjahrstagung wie folgt zusammen: Die NATO solle weiterhin den Rahmen für die Stabilität des Westens bilden. Ferner wollten die 16 NATO-Staaten innerhalb dieses Rahmens weiterhin an der Verwirklichung der im Harmel-Bericht formulierten Grundsätze arbeiten. Schließlich sei man sich einig darüber, daß wahre Sicherheit in Europa nach wie vor die Anwesenheit von US-Truppen in beträchtlicher Stärke in Europa erfordere und zwar mit konventioneller und nuklearer Rüstung. Daneben bestünden jedoch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten weiter, z. B. welche Truppenstärke man für eine Abschreckung brauche, welche Arten von Nuklearwaffen man benötige, wo diese stationiert werden sollten, damit Vorteile und Risiken gerecht verteilt seien. Weiter bestehe keine Einigkeit darüber, wie weit man die westlichen Truppen reduzieren könne und welche Auswirkungen dies auf die Prinzipien der Vorneverteidigung und der Flexiblen Antwort habe. Offengeblieben sei auch, wie man zweckmäßigerweise auf den Wandel im Warschauer Pakt reagiere. Gemeinsam sei aber das Bemühen sicherzustellen, daß die politische und wirtschaftliche Konfrontation der Nachkriegszeit aufhöre. Der Westen müsse weiter zusammenarbeiten im Interesse der Verwirklichung des KSZE-Prozesses, insbesondere der Durchsetzung der Menschenrechte, und um die unnatürliche und unakzeptable Teilung Europas zu überwinden. Neu sei, daß zum ersten Mal die Länder des Warschauer Paktes diese Ansicht teilen könnten.

Die nächsten Sitzungstermine

Folgende Termine wurden festgelegt:

Rom 4.—10. Oktober 1989
Paris 11.—14. Mai 1990
London 25.—30. November 1990

Anlage

Ausschußsitzungen

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Generalbericht

Die NATO und die öffentliche Meinung in der derzeitigen Abrüstungs- und Entspannungsphase in Europa. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland und die durch die militärische Präsenz hervorgerufenen Probleme. Die angestrebte Reform des NATO-Informationssystems.

Bericht

Unterausschuß „KSZE-Fragen". Das Wiener Folgetreffen. Überwachung der Durchführung. Vorschläge. Abschließende Sitzung und Schlußdokument.

Zwischenbericht

Unterausschuß „Information der Öffentlichkeit über Verteidigung und Sicherheit". Probleme in bezug auf die öffentliche Meinung und die Informationssysteme in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und in Spanien.

Gastredner

Neue Entwicklungen in bezug auf die Menschenrechtssituation in der Türkei.

Ausschuß „Verteidigung und Sicherheit"

Generalbericht

Militärische Auswirkung der einseitigen sowjetischen Reduzierungen: Überprüfung der Verhandlungsvorschläge der NATO und des Warschauer Paktes im Bereich der konventionellen Streitkräfte. Stabilität in Europa: mehr als ein Zahlenvergleich.

Bericht

Unterausschuß „Verteidigungszusammenarbeit". Lastenteilung im Bündnis: Übersicht für eine zukünftige Analyse — Beurteilungen aus amerikanischer und westeuropäischer Sicht. Die Auswirkungen von 1992 und die Initiativen der IEPG im Bereich der transatlantischen Rüstungskooperation.

Zwischenbericht

Unterausschuß „Konventionelle Verteidigung": neue Strukturen der europäischen Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Bilaterale französisch-britische Zusammenarbeit und nordische Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.

Wirtschaftsausschuß

Generalbericht

Die wirtschaftlichen Aspekte der Bündnissicherheit. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedstaaten des Bündnisses. Umweltschutz: nationale Haltungen, weltweite Notwendigkeiten. Wirtschaftspolitische Tendenzen und Fragen in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Zwischenbericht

Unterausschuß „Transatlantische Handelsbeziehungen". Entwicklungen des Welthandels; die Versuchung einer Handelsregulierung; die Uruguay-Runde in der Sackgasse; für ein Vorgehen auf mehreren Ebenen. 1992: Europa und das Bündnis; der Einheitliche Europäische Binnenmarkt; die transatlantische Dimension.

Gastredner

Herr Ali Bozer, Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister der Türkei.

Politischer Ausschuß

Generalbericht

Die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow.

Zwischenbericht

Unterausschuß „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen". Überblick über die Wiener Verhandlungen.

Zwischenbericht

Unterausschuß „Osteuropa". Entwicklungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Umwelt. Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Osteuropa. Die Debatte über ein neues „Jalta".

Gastredner

Herr Mesut Yilmaz, Türkischer Außenminister.

Ausschuß Wissenschaft und Technik

Generalbericht

Verifikationstechnologie im Bereich der Rüstungskontrolle. Die verschiedenen zur Verfügung stehenden Technologien zur Verifizierung der Rüstungskontrollabkommen über strategische Waffen und Atomversuche. Die technischen Schwierigkeiten bei der Verifizierung von Rüstungskontrollabkommen über konventionelle, chemische und biologische Waffen.

Sonderbericht

Sonderbericht über den Abbau der Ozonschicht und den „Treibhauseffekt". Funktionen und Struktur der Erdatmosphäre. Ursachen und Auswirkungen des Abbaus der Ozonschicht; Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht. Ursachen und Konsequenzen des verstärkten „Treibhauseffektes"; Maßnahmen zur Eindämmung des „Treibhauseffektes".

Sonderbericht

Sonderbericht über neue Technologien und Verteidigung. Entwicklungen in der U-Boot-Technologie und U-Boot-Bekämpfung.

Zwischenbericht

Arbeitsgruppe Nukleare Sicherheit und Nichtweiterverbreitung. Neue Entwicklungen im Bereich der nuklearen Nichtweiterverbreitung. Aktuelle Forschung auf dem Gebiet Beseitigung von hochradioaktivem Abfall.

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Schwerpunkte der Sitzung des Ausschusses für Zivile Angelegenheiten unter Vorsitz der Abg. Frau Skarstein (Norwegen) am 27. Mai 1989 waren der Entwurf des Generalberichts über „Die Atlantische Allianz und die öffentliche Meinung" (Generalberichterstatter: Senator Genton, Frankreich) und die Diskussion über „Jüngste Entwicklungen bei den Menschenrechten" unter Beteiligung des Innenministers der Türkei, Abdülkadir Aksu, des Abg. Hikmet Cetin, stellvertretender Oppositionsführer im türkischen Parlament, und des Professors an der Fakultät für Politische Wissenschaften der Universität von Ankara, Mümtaz Soysal.

In dem Entwurf des Generalberichts über „Die Atlantische Allianz und die öffentliche Meinung" spielten die Meinungsunterschiede zwischen der Bundesregierung und den Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich der Modernisierung der Kurzstreckenwaffen eine besondere Rolle. Die Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Mitgliedstaaten zeigten Wirkung im US-Kongreß. Die Befürchtung einer „Finnlandisierung Europas" werde realer. Eine gemeinsame Verteidigung Europas und der USA müsse jedoch möglich bleiben. Im übrigen verwies der Generalberichterstatter auf die Bedrohung durch den Islamismus/Fundamentalismus im Süden und Südosten Europas. Zurückkommend auf die Situation innerhalb der NATO konstatierte er eine feindselige Haltung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der NATO. In der sich anschließenden Diskussion, an der sich zahlreiche Delegierte beteiligten, erklärte **Staatsminister Geil** (Bundesrepublik Deutschland), die NATO müsse noch stärker als bisher klarmachen, daß sie nicht ausschließlich ein Militärbündnis sei, sondern eine freiheitliche und demokratische Wertegemeinschaft. Er erläuterte die besondere Situation in der Bundesrepublik Deutschland, die sich durch die Vielzahl der dort stationierten NATO-Truppen und durch die Stationierung von Nuklear- und Chemiewaffen auszeichne. Ferner böten die zahlreichen Tiefflüge Anlaß zu Kritik angesichts der Tatsache, daß deren Notwendigkeit auch von manchen Militärs angezweifelt werde. Er beschrieb die Situation in seinem Land Rheinland-Pfalz, in dem acht NATO-Flugplätze lägen. Die täglichen Starts und Landungen dort seien zahlreicher als die auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen. Die NATO werde in der Bevölkerung bejaht, wenn auch die Sorge vor einem Überziehen der Verteidigungsbereitschaft bestehe. Durch Initiativen im Deutschen Bundestag und im Bundesrat sei die Bundesregierung aufgefordert worden, die Anzahl der Tiefflüge der Bundeswehr und der Verbündeten zu verringern. Darin sei kein Abwenden von der NATO zu erblicken, sondern der Versuch einer Antwort auf das Überhandnehmen der Belastungen. Zur Modernisierung der SNF erläuterte er die Befürchtungen, daß diese Waffen auf deutschem Boden zum Einsatz gebracht werden könnten. Er widersprach der Einschätzung des Generalberichterstatters, daß es eine Feindseligkeit der Deutschen gegen die ausländischen Truppen gebe. Abschließend dankte er Belgien, Kanada und der Türkei dafür, daß sie bereit seien, mehr Tiefflüge über ihrem Gebiet zuzulassen, und sprach sich darüber hinaus für einen verstärkten Einsatz von Simulatoren aus.

In der Diskussion zum Thema „Jüngste Entwicklungen bei den Menschenrechten" schilderte der türkische **Innenminister Aksu** zunächst die Situation in der Türkei und verwies auf die zahlreichen Verbesserungen, die eingetreten seien. Insbesondere brachte er dies in Zusammenhang mit der Bewerbung um die Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften

und mit der Mitgliedschaft im Europarat. Mehrere Wahlen hätten bereits unter zivilen Bedingungen stattgefunden, die Zeit der Militärregierung sei überwunden. Die Türkei habe die Individualbeschwerde nach der Europäischen Menschenrechtskonvention zugelassen. Die Grundrechte seien in der türkischen Verfassung gewährleistet. Er räumte allerdings ein, daß es in der Vergangenheit bestimmte Menschenrechtsverletzungen gegeben habe. Mehrfach sprach der Minister sich für eine effiziente Bekämpfung des Terrorismus aus.

Abg. **Cetin** bestätigte als stellvertretender Oppositionsführer, daß es bis 1980 in der Türkei Folterungen gegeben habe. Die Position der Sozialdemokraten sei, daß die Verfassung von 1982 nicht ausreiche, sondern revidiert werden müsse; denn trotz der eingetretenen Verbesserungen, gebe es auch heute noch Folterungen und Mißhandlungen.

Prof. Soysal bestätigte gleichfalls, daß es bis 1980 Folterungen gegeben habe, wenn sie auch bis dahin schon gesetzeswidrig gewesen seien. Er war ebenfalls der Auffassung, daß die Verfassung von 1982 im Interesse eines stärkeren Schutzes der Individualrechte zu Lasten der Befugnisse der Behörden geändert werden müsse. Er berichtete, seit 1984 sei in der Türkei niemand hingerichtet worden, obwohl es rechtlich noch möglich sei. Todesurteile müßten vom Parlament bestätigt werden, und dort lägen derzeit etwa 250 Urteile. Das Parlament bestätige sie jedoch nicht.

Minister Dr. Schnoor (Bundesrepublik Deutschland) formulierte die Bitte, hinsichtlich der Kurden den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zu unterstützen, wenn dieser die irakisch-kurdischen Flüchtlingslager besichtigen wolle. Die Kurden sollten außerdem die kulturelle Autonomie erhalten. Er sprach sich weiter für die religiösen Minderheiten der Jeziden und syrisch-orthodoxen Christen aus. In der Bundesrepublik Deutschland lebten 12 000 bis 15 000 Jeziden als nicht anerkannte Asylbewerber. Er selbst habe den Südosten der Türkei besucht und wirtschaftliche und kulturelle Diskriminierung feststellen müssen. Seiner Meinung nach sei die Form der Aga-Wirtschaft eine der Hauptursachen und müsse abgeschafft werden.

Abg. **Kolbow** (Bundesrepublik Deutschland) verwies darauf, daß man sich in der Bundesrepublik Deutschland bemühe, den türkischen Arbeitnehmern besser gerecht zu werden. Auch habe er in Bulgarien zugunsten der dortigen türkischen Minderheit gesprochen. Er bat um Auskunft über die derzeit in der Türkei geltenden Strafbestimmungen für gewaltlose politische Demonstrationen. Er bat ferner um Auskunft über Initiativen, die polizeiliche Untersuchungshaft abzuschaffen oder ihre Dauer zu reduzieren. Schließlich ging er auf die Mitteilung ein, im türkischen Parlament lägen ca. 250 Todesurteile zur Bestätigung. Er frage, ob es Initiativen gebe, diese Todesurteile umzuwandeln oder die Todesstrafe abzuschaffen.

Im Verlauf der Diskussion erklärten die türkischen Vertreter im Ergebnis weitgehend übereinstimmend, die Kurden würden nicht als Gruppe diskriminiert. Allerdings sollten sie die offizielle Sprache lernen, denn wer die Sprache eines Landes nicht beherrsche, sei dadurch automatisch benachteiligt. Zu den Flüchtlingen aus dem Irak sei zu bemerken, daß nur fünf in westlichen Staaten Aufnahme gefunden hätten. Im übrigen rührten die Probleme im Südosten des Landes nicht so sehr von Maßnahmen der türkischen Regierung her, sondern von der generellen Unterentwicklung und natürlichen Benachteiligung der südöstlichen Gebiete. Man wolle jedoch Abhilfe schaffen.

Minister Dr. Schnoor (Bundesrepublik Deutschland) äußerte die Auffassung, es wäre schon viel gewonnen, wenn die Existenz der Kurden überhaupt akzeptiert und ihre Sprache zugelassen würden. Zur Frage der religiösen Minderheiten gab er den Hinweis, man sähe sich in der Bundesrepublik Deutschland nicht gerne in die Lage gebracht, die Jeziden als politische Flüchtlinge anerkennen zu müssen.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Die Sitzung des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit fand am 28. Mai 1989 unter dem Vorsitz von Abg. Sir Geoffrey Johnson Smith (Vereinigtes Königreich) statt.

Zu Beginn der Sitzung wurde der Entwurf eines Generalberichts über die Sicherheit des Bündnisses beraten. Den Bericht stellte der Generalberichterstatter, Abg. **Voigt** (Bundesrepublik Deutschland), vor. Er gab in dem Bericht einen Überblick über die einseitigen Reduzierungen konventioneller Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation und über die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Der westliche EKSE-Verhandlungsvorschlag wurde einer detaillierten Bewertung unterzogen, bevor die anstehenden Rüstungskontrollprioritäten, also die strategischen Nuklearstreitkräfte und die nuklearen Kurzstrecken- und Gefechtsfeldwaffen dargestellt wurden. Insbesondere die Ausführungen zu den Kurzstreckenwaffen führten in der anschließenden Aussprache zu unterschiedlichen Bewertungen.

Den Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Verteidigungszusammenarbeit über „Burden-Sharing" stellten die Abg. **Lello** (Portugal) und **Richardson** (Vereinigte Staaten von Amerika) vor. Darin wird ausgehend von der Lastenteilung im Bündnis eine Übersicht für eine zukünftige Analyse gegeben, wobei Beurteilungen aus amerikanischer und westeuropäischer Sicht gegenübergestellt werden. Der Bericht befaßt sich ausführlich mit den Auswirkungen von 1992 und den Initiativen der IEPG im Bereich der Transatlantischen Rüstungskooperation.

Vize-Admiral Güven Erkaya, Direktor der Planungs- und Grundsatzabteilung im türkischen Generalstab, gab einen Überblick über die Grundsätze der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Türkei und ihren Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit des Atlantischen Bündnisses.

Den Entwurf eines Zwischenberichts des Unterausschusses Konventionelle Verteidigung zum Thema „Neue Konzepte einer europäischen Sicherheitszusammenarbeit" stellten Abg. **Gama** (Portugal) und **Senator Estrella** (Spanien) vor. In dem Bericht geht es um neue Strukturen der europäischen Zusammenar-

beit im Sicherheitsbereich. Das besondere Augenmerk der beiden Berichterstatter galt dabei der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien und der Zusammenarbeit der nordischen Staaten im Sicherheitsbereich. In der an diesen Bericht sich anschließenden Aussprache spielten insbesondere die Kurzstreckenwaffen eine besondere Rolle. Dabei wiesen vor allem die deutschen Delegierten im Ausschuß auf die besondere Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch diese Waffen hin.

In der abschließenden Diskussion sprachen **Herr Thomas A. Callaghan,** Berater (Vereinigte Staaten von Amerika), **Herr Wolfgang Hager,** European Research Associates (Brüssel) und **Herr Robert A. Fisette** über Rüstungszusammenarbeit.

Wirtschaftsausschuß

Die Sitzung des Wirtschaftsausschusses fand am 27. Mai 1989 unter dem Vorsitz von Frau Ministerin Simonis (Bundesrepublik Deutschland) statt.

Zu Beginn der Sitzung wurde der Entwurf eines Generalberichts über wirtschaftliche Aspekte der Atlantischen Sicherheit beraten. Den Bericht stellte der Generalberichterstatter, Abg. **Engwirda** (Niederlande), vor. In dem Bericht stehen die wirtschaftlichen Aspekte der Bündnissicherheit im Vordergrund. Nach einem Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten des Bündnisses betonte der Berichterstatter den besonderen Wert des Umweltschutzes, dessen politische und wirtschaftliche Bedeutung für die kommenden Jahre er unterstrich. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion leitete er schließlich Konsequenzen für das Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander und zur Atlantischen Allianz ab.

In der Diskussion über den Entwurf des Generalberichts wurde insbesondere auf die steigende Bedeutung der wirtschaftlichen Dimension der Allianz hingewiesen. Mehrere Redner beklagten das fehlende Bewußtsein für die Bedeutung des wirtschaftlichen Sektors und verlangten stärkere Zusammenarbeit unter den Mitgliedern der Allianz auf diesem Gebiet.

In der Diskussion äußerten sich der stellvertretende Ministerpräsident und Staatsminister der Türkei, **Ali Bozer,** sowie **Herr Nahit Töre**, Professor an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Ankara, und **Frau Gül Turan**, Professorin an der Universität Istanbul, über die Rolle der Türkei als europäischer und transatlantischer Wirtschaftspartner. Alle drei Redner unterstrichen den Beitrag der Türkei zur Sicherheit des atlantischen Bündnisses und hoben hervor, daß dieser Beitrag nur aufgrund der großen Wirtschaftsleistung der Türkei möglich sei. Vor diesem Hintergrund erwähnten sie nachdrücklich den Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. In der Aussprache zu den drei Referaten wurde der Beitrag der Türkei zur gemeinsamen Sicherheit allgemein anerkannt. Die wirtschaftliche Situation in der Türkei fand jedoch unterschiedliche Bewertung.

Anschließend beriet der Ausschuß den Entwurf eines Zwischenberichts des Unterausschusses Transatlantische Handelsbeziehungen (Berichterstatter **Senator Gaud** [Frankreich]). Ausgehend von den Spannungen im internationalen Handelssystem wird in dem Bericht das Verhältnis Europas und der Allianz im Hinblick auf das Jahr 1992 untersucht. Der transatlantischen Dimension der Handelsbeziehungen dürfe der Europäische Binnenmarkt nicht als Hindernis im Wege stehen. In der Aussprache zu dem Bericht betonten mehrere Redner die besondere Bedeutung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen als Grundlage einer stabilen Sicherheit.

Abschließend sprachen **Herr Wolfgang Hager,** European Research Associates (Brüssel) und der **Parlamentarische Staatssekretär** beim Bundesminister für Wirtschaft, **Dr. von Wartenberg** (Bundesrepublik Deutschland) über das Thema „Europäische Integration — Auswirkungen auf die Allianz". In der an beide Referate sich anschließenden Diskussion wurden die Probleme, aber auch die Chancen des Europäischen Binnenmarktes für die Politik der Allianz deutlich.

Politischer Ausschuß

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Politischen Ausschusses war die Diskussion des Entwurfs des Generalberichts über „Die Außenpolitik der UdSSR in der Ära Gorbatschow" (Generalberichterstatter: Abg. Bouvard [Frankreich]). In der Diskussion stellten verschiedene Delegationen immer wieder, zum Teil in scharfer Form, Fragen zu der deutschen Haltung im SNF-Bereich und — damit verbunden — zum Zusammenhalt des Bündnisses und der gemeinsamen Strategie. Besonders kritisch zeigten sich französische, aber auch britische und amerikanische Delegierte. Unterstützung für die deutsche Position, wie sie in der Regierungserklärung vom 27. April 1989 dargelegt worden war, kam in der Ausschußsitzung nur von dänischer Seite zum Ausdruck. Allerdings machte es auf die übrigen Delegationen offensichtlich Eindruck, daß die deutschen Delegierten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit die deutsche Haltung übereinstimmend vertraten. In der Debatte nahm Abg. **Koschnick** (Bundesrepublik Deutschland) Stellung zu der deutschen und der amerikanischen Position hinsichtlich der atomaren Kurzstreckenwaffen.

Abg. **Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) widersprach Bemerkungen in dem Entwurf des Generalberichts, in denen der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen wird, sich in Parlament und öffentlicher Meinung gegen Grundsätze der Abschreckungsstrategie der NATO zu wenden und die Grundsätze der Flexiblen Antwort zu untergraben, wobei ungeachtet der geschichtlichen Lehren die Denuklearisierung Europas als Lösung des Sicherheitsproblems angesehen werde.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) verwies in seinem Beitrag auf die erdrückende Überlegenheit der Sowjetunion bei den atomaren Kurz-

streckenraketen. Er erläuterte die besondere Bedrohung der Deutschen durch diese Waffen. Dies sei der Grund für die öffentliche Debatte zu diesem Thema und für die deutsche Forderung nach gemeinsamen Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau. Er betonte den Zusammenhang zwischen den Wiener Verhandlungen und dem SNF-Komplex. Zugleich hob er die Verteidigungsleistungen hervor, die die Bundesrepublik Deutschland im Bündnis erbringe. Er äußerte Verständnis für die Position der USA, die einen nuklearen Schutz für ihre in Europa stationierten konventionellen Truppen wünschten.

Abg. **Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, bei der Frage der Aufstellung neuer Waffensysteme bestehe eine einheitliche Haltung im Deutschen Bundestag und in der deutschen Delegation zur Nordatlantischen Versammlung. Die Bundesrepublik Deutschland wolle keine eigene Strategie entwickeln, halte eine neue Strategie des Bündnisses aber für notwendig.

Als Gastredner legte der **Außenminister** der Türkei, **Mesut Yilmaz,** die Haltung seines Landes zu der Außenpolitik der UdSSR in der Ära Gorbatschow und den daraus folgenden Konsequenzen für die NATO dar. Nach wie vor müsse sich das Bündnis an dem Harmel-Bericht orientieren. Er plädierte dafür, daß der Westen eine einheitliche Position einnehme. Diese Position sollte in einer generell positiven Haltung gegenüber den Entwicklungen im Ostblock bestehen, wobei eine gewisse Skepsis vorerst noch angebracht sei. Zum Innenverhältnis der Mitgliedstaaten des Bündnisses sprach sich der türkische Außenminister für die Stärkung des „europäischen Pfeilers" aus.

Einen weiteren Schwerpunkt der Beratungen des Politischen Ausschusses bildete die Frage, ob parlamentarische Delegationen aus Polen, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn als Erwiderung der Besuche von Delegationen der Nordatlantischen Versammlung in diesen Ländern zu der Herbsttagung 1989 nach Rom eingeladen werden sollten. In der Diskussion setzte sich das Argument durch, die Nordatlantische Versammlung sei für derartige Kontakte möglicherweise doch nicht der richtige Ort. Stattdessen verwies man auf die Absicht der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, europäischen Nicht-Mitgliedstaaten unter bestimmten Voraussetzungen einen besonderen Gaststatus einzuräumen. Der Ausschuß einigte sich darauf, Parlamentarierdelegationen aus den drei genannten Ländern zu der Sitzung des Unterausschusses „Osteuropa" einzuladen, die nach der Herbsttagung von Rom in Bonn stattfinden wird.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses stand die Vorstellung und Erörterung des Generalberichts über die Verifikationstechnologien im Bereich der Rüstungskontrolle. Der Berichterstatter, Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland), erläuterte seinen Bericht in zwei Abschnitten: Im ersten Abschnitt stellte er die technischen Möglichkeiten vor, die gegenwärtig zur Verifizierung im Zusammenhang mit Rüstungskontrollabkommen über strategische Waffen und atomare Versuche zur Verfügung stehen. Nach einer kurzen Aussprache über diesen Teil berichtete der Generalberichterstatter über die technischen Schwierigkeiten, die sich im einzelnen bei der Verifizierung von Rüstungskontrollabkommen über konventionelle, chemische und biologische Waffen ergeben. Der Bericht schloß mit einer Erörterung des Zusammenhangs zwischen technischen und politischen Gesichtspunkten der Verifizierung. Auch diesem Abschnitt schloß sich eine Aussprache an.

Dem Generalbericht folgte ein Sonderbericht über den Abbau der Ozonschicht und den klimatischen Treibhauseffekt von Senator Wirth (USA). Anstelle des verhinderten Berichterstatters stellte der stellvertretende Ausschußvorsitzende, Abg. **Boehlert** (USA), den Bericht vor.

Ein zweiter Sonderbericht von Abg. **Banks,** (Vereinigtes Königreich) befaßte sich mit den neuen Technologien in der Verteidigung.

Abschließend erläuterte der Berichterstatter der Arbeitsgruppe „Nukleare Sicherheit und Nichtweiterverbreitung", **Senator Chauty** (Frankreich), in einem Zwischenbericht die bisherige Tätigkeit der Gruppe.

Prof. Dr. Manfred Abelein, MdB
Leiter der Delegation

Senator Volker Kröning
Stellvertretender Leiter der Delegation

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333